

Österreich: Zunehmende politische Verunsicherung

Die große Koalition in Österreich kommt nur mühsam über die Runden. In der katholischen Kirche, deren integrierender und versöhnlicher Einfluß gefragt wäre, bestimmen nach wie vor Lähmung und Spaltung das Bild.

Das einst hyperstabile und im Ausland oft bestaunte System der beiden großen Parteilager in Österreich ist zunehmender Erosion ausgesetzt. Der Meinungsforscher *Rudolf Bretschneider* erklärte kürzlich in einer zusammenfassenden Analyse, daß noch vor 15 Jahren acht von zehn Anhängern der beiden Großparteien in Österreich in ihrem Milieu gelebt hätten. Diese Zahl ist mittlerweile auf die Hälfte abgesunken. Parteibindungen gibt es vor allem bei jüngeren Menschen kaum mehr. Die allgemeine Protestbereitschaft steigt, und die Bedeutung von Großorganisationen (Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, auch der Kirchen) nimmt immer mehr ab. Gleichzeitig kommt es zu einer zunehmenden Unzufriedenheit angesichts des Gefühls der eigenen politischen Ohnmacht, das von dem Eindruck bestimmt wird, daß man persönlich überhaupt keinen Einfluß mehr auf das politische Geschehen hat. Von der Meinungsforschung wird diese Stimmungslage bemerkenswerterweise vor allem in Österreich und Italien geortet.

Die Chance der EU-Abstimmung wurde verspielt

Lange Zeit trauten die Österreicher der Politik und den Politikern die Kompetenz zu, die soziale Sicherheit garantieren zu können. Die Wirtschaftskrise in den achtziger Jahren mit den damals stark steigenden Arbeitslosenziffern, die Probleme des Umweltschutzes mit ihren Auswirkungen und die Folgen des Zusammen-

bruchs des Kommunismus mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien, der Österreich nach wie vor stark betrifft, haben dieses Vertrauen nachhaltig zerstört. Dabei spielte die Problematik der *Flüchtlinge und Ausländer* dank der Grenznahe eine besonders folgenschwere Rolle. Denn der Parteiobmann der Freiheitlichen Partei, *Jörg Haider*, nützte diesen Problemkreis in populistischer Überdrehung für seine Zwecke, um gegen die sogenannten „Altparteien“ zu agitieren und seine „Machtergreifung“ als Bundeskanzler für das Jahr 1998 vorauszusagen.

Die beiden Regierungsparteien, die Sozialdemokraten (SPÖ) und die konservative, christdemokratische Volkspartei (ÖVP) reagieren auf diese Herausforderung zutiefst verunsichert. Was ihnen am meisten schadet, ist der Umstand, daß sie nicht mehr den Eindruck vermitteln können, für ganz bestimmte Inhalte der Politik zu stehen. Dadurch wächst das Gefühl, es sei ohnehin gleichgültig, welche Partei man wählt, und der ziemlich durchgehende Anti-Parteien-Affekt greift immer weiter um sich. Auch das Ressentiment gegen „die da oben“ erfaßt immer weitere Kreise der Bevölkerung. Öffentliche Flegelleien werden alltäglich, wobei gewiß die außerordentlich starke Boulevardisierung der österreichischen Zeitungen eine Rolle spielt, und Autoritäten aller Art – politische und kirchliche Amtsträger, Funktionäre auf den verschiedensten Ebenen, Polizei und Richter – kommen in der öffentlichen Diskussion unter die Räder.

Diese bedenkliche Entwicklung in Österreich ist deshalb doppelt erstaun-

lich, weil die Eckdaten des Landes eine außergewöhnliche Erfolgsstory seit der Wiedergründung im April 1945 signalisieren: Die Alpenrepublik ist zum siebtreichsten Land der Erde geworden, die Arbeitslosigkeit ist erfreulicherweise stark rückläufig, die Inflation konnte weiter gebremst werden, der Schilling zählt, – nicht zuletzt durch seine Bindung an die D-Mark – zu den stabilsten Währungen Europas. Einen eindrucksvollen Beweis dafür, daß in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten ein neues Selbstbewußtsein und Selbstverständnis gewachsen ist, bildete die Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union, die am 12. Juni des Vorjahres ein überraschendes „Ja“ von 66 Prozent erbrachte. Dieses Ergebnis war besonders überraschend, weil der bei vielen Unzufriedenen populäre Populist *Jörg Haider* vor dieser Volksabstimmung alle Register seiner demagogischen Künste zog, um gegen die EU-Stimmung zu machen. Trotzdem entschied sich das österreichische Volk in so eindeutiger Weise für das größere Europa.

Diese einmalige Chance wurde von den beiden Regierungsparteien innerhalb weniger Monate völlig verspielt. Schon am Tag nach der Volksabstimmung begannen die beiden Koalitionsparteien heftig miteinander zu streiten, welche Regierungsmitglieder von welcher Partei den EU-Vertrag unterzeichnen sollten. Wochenlang beherrschten nur noch personalpolitische und taktische Winkelzüge die Innenpolitik. Von Europa war nicht einmal mehr im Wahlkampf für die im Oktober 1994 stattfindenden Nationalratswahlen die Rede. Auf diese Weise half die Koalition *Jörg Haider*, ihrem gefährlichsten Gegner, aus seiner Ecke, in die er sich durch seine wütende EU-Feindschaft selbst manövriert hatte.

Eine vernichtende Niederlage der beiden Regierungsparteien bei den Parlamentswahlen im Herbst 1994 war die logische Folge. Jetzt verfügt die früher einmal schier allmächtige Koalition nicht einmal mehr über die Zweidrittelmehrheit im österreichischen Natio-

nalrat, so daß sie keine Verfassungsgesetze beschließen kann. Sowohl die FPÖ Jörg Haiders als auch die Grünen und die von der FPÖ abgespaltenen Liberalen konnten hingegen ihre Stärke eindrucksvoll ausbauen.

Mißglücktes Unternehmen Sparpaket

Dieser Denkkzettel brachte die Regierungskoalition nur vorübergehend und wohl an der falschen Stelle zur Besinnung. Um ihre Stärke und Handlungsfähigkeit zu beweisen, beschlossen die beiden Regierungsparteien bald nach der Wahl ein relativ rigoroses *Sparpaket*, um einerseits der steigenden Staatsverschuldung Einhalt zu gebieten und andererseits die beträchtlichen Kosten für den EU-Beitritt Österreichs aufzubringen. Großsprecherisch stellte Finanzminister *Ferdinand Lacina* die Einsparung von 200 Milliarden Schilling und mehr in den nächsten Jahren in Aussicht. Nachdem die Regierung vor den Wahlen die Lage der Staatsfinanzen in rosigem Licht dargestellt und die Kosten des EU-Beitritts eher bagatellisiert hatte, mußte dieser Schwenk zwangsläufig verbreitetes Unbehagen auslösen.

Die Regierung machte aber in der Folge einen weiteren verhängnisvollen Fehler: Sie verkündete mit Trommelwirbel eine lange Liste von Sparmaßnahmen für das nächste Budget, ohne vorher die in Österreich traditionell so wichtigen Sozialpartner (die Kammern, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Interessenverbände) zu konsultieren. In den Kreisen dieser Sozialpartner erhob sich prompt wilder Protest. In dieser schlechten Position mußte die Regierung nachträglich die Verhandlungen mit den Funktionären der Sozialpartner aufnehmen, die nicht nur aus sachlichen Motiven, sondern auch aus Gründen ihrer Existenzbestätigung eine betont harte Linie einschlugen. Bei diesen Gelegenheiten zeigten sich zum erstenmal seit 1945 ernste Unstimmigkeiten zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaftern und

der SPÖ, die lange nicht überbrückt werden konnten. Die ÖVP wiederum hatte sich mit den christlichen Gewerkschaftern und vor allem mit katholischen Familienorganisationen herumzuschlagen, die gegen die Kürzung der in Österreich recht großzügigen Familienbeihilfen direkter und indirekter Art (Gratis-Schulbuch, Gratis-Schülerfahrten in Straßenbahnen, Bussen und Eisenbahnen) protestierten. Die Differenzen im ÖVP-Bereich gehörten allerdings schon bisher zum üblichen Bild, während die Aufspaltung im sozialdemokratischen Lager eine Novität ist.

Angesichts dieser breiten Front der Opposition in den eigenen Reihen kapitulierte die Regierung in der Zeit seit Dezember Stück für Stück und strich einen Punkt nach dem anderen aus ihrem so dramatisch vorgestellten Sparpaket: Zuerst mußte sie gegenüber den Beamten klein beigeben und wesentliche Teile ihrer Vorhaben streichen, dann gab sie dem geballten Widerstand der Lehrer nach, die gegen die geplante Kürzung der Unterrichtsstunden und die in diesem Zusammenhang befürchtete Einsparung vieler Stellen auf die Barrikaden gestiegen waren; schließlich waren auch noch die Repräsentanten der Universitätsprofessoren, der Studenten, der Bauern und der Wirtschaft erfolgreich, die wesentliche Teile des angekündigten Sparpaketes herausreklamierten. Übrig blieb ein arg zerrupftes *Sammelsurium von Sparmaßnahmen*, die das angestrebte Einsparungsziel nicht erreichen konnten. So muß der Fiskus wieder einmal zu Steuererhöhungen Zuflucht nehmen, obwohl die Regierung wiederholt versichert hatte, diesmal vor allem auf der Ausgabenseite spürbare Abstriche vorzunehmen.

In diesem Dilemma zog sich Finanzminister Lacina auf die Minimalforderung zurück, das Budgetdefizit 1995 dürfe die Summe von etwa 100 Milliarden Schilling nicht überschreiten. Da noch im Schoß der Regierung zusätzliche Widerstände gegen diverse Sparmaßnahmen auftauchten, bedurfte es aller taktischen Künste, den Budget-

entwurf in den ersten Märztagen mit Ach und Krach fertigzustellen und dem Parlament vorzulegen. Auf diese nicht sehr eindrucksvolle Art und Weise konnten aber immerhin die rot-schwarze Koalitionsregierung gerettet, eine offene Regierungskrise abgewendet und eine direkte Einmischung Jörg Haiders vermieden werden.

Ein bitterer Nachgeschmack bleibt jedoch. Die Regierung, durch das Wahlergebnis vom vergangenen Herbst ohnehin angeschlagen, hat sich als schwach erwiesen. Schwäche bedeutet in der Politik ein gefährliches Zeichen. Angesichts eines Phänomens wie Jörg Haider, der täglich neu Hohn und Spott über die Regierung und die Regierungsparteien ausgießt, kann diese Schwäche unter Umständen zu katastrophalen Zuständen in Österreich führen.

Die Kirche ist gelähmt und gespalten

Mitten in diese ohnehin sehr diffizile Lage platzte in den ohnehin wenig fröhlichen Fasching dieses Jahres das brutale Bombenattentat im burgenländischen Oberwart, dem vier Roma zum Opfer fielen. Wie schon bei den vorangegangenen Briefbombenattentaten, bei denen u. a. der populäre Wiener Bürgermeister *Helmut Zilk* schwer verletzt worden war, erwies sich der österreichische Polizeiapparat als rat- und hilflos. Indizien weisen wohl darauf hin, daß die Täter aus dem rechtsradikalen, ausländerfeindlichen Untergrund kommen, doch verstrich eine Woche nach der anderen, und kein Täter konnte gefaßt werden.

Durch alle diese Ereignisse ergibt sich eine paradoxe Situation: Trotz der objektiv feststellbaren günstigen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt sich in Österreich eine politische Verunsicherung und Verdrossenheit, die vor allem im Atmosphärischen mit Händen zu greifen ist.

Der zusammenführende und versöhnende Einfluß der *katholischen Kirche* wäre in dieser Stunde doppelt hilf-

reich. Aber auch die Kirche macht einen gelähmten und gespaltenen Eindruck. Der Unfriede, der im Gefolge einer ganzen Reihe von Bischofsernennungen in der Kirche Österreichs entstanden ist, konnte in keiner Weise beigelegt werden. Er frißt sich weiter durch ganze Bereiche der Kirche, und die Bestellung des Moralprofessors *Andreas Laun* zum neuen Weihbischof von Salzburg hat die Gegensätze nicht vermindert, sondern noch zusätzlich verschärft.

Die Aussage des Sekretärs des Salzburger Erzbischofs *Georg Eder*, dieser habe zu keinem Zeitpunkt ein Ansuchen um einen neuen Weihbischof gestellt, sorgte für besondere Erbitterung: Befürchtet man doch in Salzburg, Rom könnte versucht sein, das Recht des Salzburger Domkapitels, den Erzbischof aus einem römischen Dreivorschlag zu wählen, im Fall eines Rücktrittes von *Georg Eder* durch ein „automatisches Nachrücken“ von *Andreas Laun* zu umgehen. Auf diese Weise wären in Salzburg allerdings Churer Verhältnisse gegeben.

Diese Befürchtungen werden noch durch die äußerst scharfe Vorgangsweise von Erzbischof *Eder* gegenüber

der diözesanen Kirchenzeitung „Rupertusblatt“ bestärkt. Denn der Erzbischof löste gleichzeitig den langjährigen Chefredakteur der Zeitung, *Bernhard Strobl*, und den geistlichen Assistenten des Blattes, den Salzburger Dompfarrer *Balthasar Sieberer*, ab. Schon gibt es Befürchtungen, der neue Weihbischof *Laun* könnte künftig als Herausgeber oder geistlicher Assistent des „Rupertusblattes“ fungieren.

In diese Auseinandersetzungen sind nicht ein paar Außenseiter oder Querulanten verwickelt, sondern *breite Kernschichten der Kirche*. Katholiken, die es als ihre Aufgabe ansehen, zwischen den Streitparteien zu vermitteln und zu einer Versöhnung beizutragen, sehen sich durch diese ständig wachsende Polarisierung überrollt. Sie ziehen sich zurück und resignieren, oder sie siedeln sich in einem der zahlreichen innerkirchlichen Widerstandsnester an. Auf diese Weise scheidet die katholische Kirche in einer Phase, die für Österreich fatale Konsequenzen bringen könnte, als wirksame gesamtösterreichische Kraft der Konsolidierung aus. Die Folgen sind in ihrer ganzen Tragweite noch nicht abzusehen. F. C.

ben Titel zurück (erschieden bei Harper & Row Publishers, San Francisco). Neuhaus wartete darin mit der These auf, die katholische Kirche könne und solle in der Welt „die führende Kirche in der Verkündigung und der beispielhaften Realisierung des Evangeliums“ spielen. Die katholische Kirche in den USA nehme zu Recht eine führende Rolle beim Versuch ein, eine „religiös begründete Philosophie des ‚amerikanischen Experimentes‘ in geordneter Freiheit“ zu schaffen.

Gegen Traditionalismus und Progressismus

Vor allem geht es ihm um die Spannung zwischen dem, was er das „spezifisch christliche Anliegen“ nennt, und anderen weltanschaulichen Konzepten. Zu letzteren zählte er auch Vorstellungen und Ziele, die sich als spezifisch amerikanisch verstehen. *Johannes Paul II.* bezeichnete Neuhaus in dem Zusammenhang als den „öffentlichsten Zeugen der Wahrheit, daß – sollte diese Spannung gelockert werden – die Kirche sich nicht unterscheidet und damit der Welt nichts Hilfreiches zu bieten hat“.

Neuhaus galt damals bereits als Vertreter jener *neokonservativen Kritik* an einer Linie, die auch führende Vertreter des US-Episkopates vertraten. Mit den beiden großen Hirtenbriefprojekten zu Friedens- und Wirtschaftsfragen nahmen die US-Bischöfe eine über den Raum des Katholizismus hinweggenommene kritische Rolle gegenüber zentralen Elementen des amerikanischen politischen Selbstverständnisses ein. Was manche damals als eine nicht akzeptable „Politisierung“ der Kirche bekämpften, nannte Neuhaus in „The Catholic Moment“ eine „Entpolitisierung“ des sozialetischen Denkens in der Kirche – in Anspielung auf die u. a. von der „Theologie der Befreiung“ inspirierte unmittelbare Begründung politischer Anliegen und Forderungen aus der Heiligen Schrift.

Zugleich versuchte die US-Kirche, sich

USA: Ist dies ein „katholischer Augenblick“?

In den USA macht ein Schlagwort von sich reden, das bei aller Vielschichtigkeit und Fragwürdigkeit einen interessanten Einblick in die konfessionelle Landschaft des Landes erlaubt: das Wort vom „catholic moment“. Diese Charakterisierung stößt im US-Katholizismus allerdings auf Bedenken.

Im US-Katholizismus findet seit geraumer Zeit eine Diskussion über die Frage statt, ob man sich gegenwärtig in einem „catholic moment“ befinde, in einer Zeit, in der dem katholischen Teil des Christentums in Religion und Welt eine gewisse Führungs- und Leitfunktion zukomme. Die englische katholische Wochenzeitung „The Tablet“ veröffentlichte dazu im vergan-

genen Jahr eine Serie von Diskussionsbeiträgen, die in These und Gegentese einen Einblick in die gegenwärtigen inneren Spannungen der katholischen Kirche der USA geben.

Der Begriff des „catholic moment“ stammt vom ehemaligen lutherischen Pastor und Theologen *Richard Neuhaus* und geht auf eine Buchveröffentlichung aus dem Jahr 1987 mit demsel-